

Best in der Erwerbslosen-Unterstützung nicht eingerechnet werden!

Somit die hauptsächlichsten Forderungen der neuen Organisation, zu denen der „Vorwärts“ selbst bemerkt: „Dass der Selbstschutz in der vorliegenden Form zur Annahme gelangt, ist in Anbetracht der Bedeutung, die das Problem der Arbeitslosen-Fürsorge für unser Volkswirtschaftsleben erlangt hat, wohl nicht zu erwarten.“ Die Durchprüfung der Forderungen soll natürlich erzwungen werden. Am Schluß einer Resolution, die am Donnerstag in einer Reihe von Protestversammlungen der Erwerbslosen zur Annahme kam, wird gesagt: „Falls die Regierung die Forderungen bis zum 3. Mai nicht bewilligt, werden die Erwerbslosen an die arbeitenden Brüder im ganzen Reich appellieren, sich mit den Forderungen der Erwerbslosen solidarisch zu erklären und für deren Erfüllung mit allen wirtschaftlichen Machtmitteln einzutreten.“ Damit wäre ein neuer Grund für einen allgemeinen Streik gegeben. Einwilligen möchten wir jedoch hoffen, daß sich die „arbeitenden Brüder“ hüten werden, den Erwerbslosen auf Kosten der Allgemeinheit ein derartiges unbedingtes Gehör in den Schoß zu werfen.

Um die Ungeheuerlichkeit der neuen Forderungen zu verstehen, muß man sich vor Augen halten, zu welchen schweren Belastungen die Erwerbslosen-Fürsorge jetzt schon geführt hat. Auf Grund von uns erworbenen amtlichen Angaben wollen wir uns einige wenige Gemeinden mit ihrer Belastung vor Augen halten. In Erfurt wurden bis zum 1. Februar 671 011,58 M. ausgezahlt, in Nordhausen bis 13. Februar 58 184,18 M., in Wülfersleben bis 3. Februar 27 577,81 M., in Magdeburg wurden allein im Januar 289 437,38 M. ausgezahlt, in Stendal bis 13. Februar 9 614,30 M., in Cassel bis 7. Februar 118 686 M. Aus dem engeren Bezirk unserer Heimat seien erwähnt: In dem nicht industriellen Raum wurden bis 8. Februar 6 707,80 M. ausgezahlt, in dem kleinen Artern wurden allein im Dezember und Jan. 1 194,25 M. zur Auszahlung gebracht, in Heitzfeld bis 4. Februar 1 364,40 M., in Weißenfels am 8. Februar bis 19. Februar 13 982,56 M., in Eilenburg bis 20. Februar 109 000 M., in Zeitz bis zum 25. Januar 11 827 M., in Wittenberg bis Ende Februar 6 511,46 M., in Mühlhausen vom 2. Dezember bis 8. Februar 137 000 M., in Gräfenhainichen bis 3. Februar 389 M., in Herzberg (Güter) seit Mitte Dezember bis 27. Februar 2 172,38 M., in Merseburg bis 4. Februar 613,60 M., in Dommigshaus bis 3. Februar 482,45 M., in Sebnitz bis zum 7. Februar nur 60 000 M.

Diese Zahlen geben ein kleines Bild, in welcher schweren Weise auch nach Abzug des auf Reich und Staat entfallenden Anteils die Kommunen belastet werden. In vielen Gemeinden ergibt sich, gewiß nicht durch die Arbeitslosen-Fürsorge allein, die Notwendigkeit einer Steuererhöhung nicht nur um 10 und 20 Prozent, sondern bis zu 50 und 80 Prozent. Wie groß aber würde die kommunale Belastung erst sein, wenn die Wünsche des Reichs-Erwerbslosen-Ausschusses Gesetz werden würden! Aber auch abgesehen von der Finanzfrage, wie kommen durch derartige Wege immer mehr dem Verderben näher. Statt die Produktion zu erhöhen, würde sie weiter erniedrigt werden; statt die Not zu lindern, würde sie weiter erhöht werden. Die Arbeitslosigkeit beschränkt man nicht durch zu weitgehende Unterhaltungen, sondern durch — die Arbeit selbst. Wenn das Streiflicht sich legt, wenn alle jetzt noch beschäftigten Hände sich rühren, dann werden auch bald die Grundlagen geschaffen sein für eine Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben, die jetzt unfreiwillig feiern müssen. Ein jedes umgekehrte Verfahren führt zu einer allgemeinen Arbeitslosigkeit, zum völligen Ruin der Industrie und zum Bankrott der Gesamtheit! Carl Helms.

Verkehrsbeschränkungen am 1. Mai.

Berlin, 25. April. (Eigene Drahtnachricht.) Der Reichs-Eisenbahnbetriebsrat hatte, wie bereits gemeldet, am 1. Mai den Eisenbahnverkehr einstellen beabsichtigt. Es geht hierzu, wie nun mitgeteilt wird, eine Erklärung des Reichseisenbahnbetriebsrates hervor. Im Ministerium ist man der Ansicht, daß in der Tat die Beschränkung des Verkehrs besonders in den Stunden der öffentlichen Feiern stattfinden, doch aber trotzdem der Personen- und Güterverkehr, sowie der Staatsbahnbetrieb wenn auch in beschränktem Umfange aufrecht erhalten werden muß.

Bekräftigte Maifester in Sachsen.

Dresden, 25. April. Eine Verfügung der Staatsanwaltschaft befragt unter anderem: Der 1. Mai soll ein Feiertag für das sächsische Volk sein. Der bestehende Belagerungszustand zwingt aber dieses Jahr zu gewissen Einschränkungen der Möglichkeit, wie der Tag gefeiert werden könnte. Denn es muß verhindert werden, daß die Würde dieses Tages von politischen Intriguen und von Verbrechen zu terroristischen Akten und Ausschüßungen mißbraucht wird. Es sind daher für diesmal alle Versammlungen unter freiem Himmel und alle öffentlichen Auf- und Umzüge verboten. Tagelöhne ist es den ausübenden Behörden die bestimmte Anweisung ergangen, keinerlei Hindernisse zu bereiten, wenn sich die Maifesterben am 1. Mai in Gartenanlagen gesehlich abspielen, oder in geschlossenen Räumen Feiern veranstalten.



Wähler und Wählerinnen!

Halte Euch die große Bedeutung der morgigen Stadterordnetenwahl vor Augen! Auf drei lange Jahre wird über das Gesicht unserer Stadt entschieden, über ihre Entwicklung, auf den verschiedensten Gebieten, insbesondere auch über die Gestaltung der Steuern! Kommt alle zur Wahl!

Wählt deutsch-demokratisch!

Wählt die Liste

Ritter - Schrecker - Georg!



Ebert kommt nicht auf die Leipziger Messe.

Leipzig, 25. April. Reichspräsident Ebert hat an den Rat der Stadt Leipzig auf die Einladung, die besagende Leipziger Frühjahrsmesse zu besuchen, folgende Entschiedenheit gelangen lassen: „Dem Rat der Stadt Leipzig beehre ich mich, für die freundliche Einladung zum Besuche der Leipziger Frühjahrsmesse meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. In meinem großen Schwebem gestatten es mir die gegenwärtigen Verhältnisse im deutschen Vaterlande, die meine dauernde Anwesenheit am Sitz der Regierung notwendig machen, nicht, dem großen Ereignis der Frühjahrsmesse persönlich beizuwohnen. Ich hoffe, daß die Messe alle an sie gestellten Erwartungen betriebsvoll und zu der so sehr gewöhnlichen Belebung der deutschen Ausfuhr wesentlich beitrage.“ Ebert.

Eine Gefahr für die Leipziger Ostermesse!

Dröhungen des Großen Arbeiters als Leipzig, 25. April. Die Verbindung des Belagerungszustandes über Sachsen durch die Kriegserregung wird von der „Leipz. Volks-Ztg.“ als eine ungeheuerliche Provokation bezeichnet.

tion der Leipziger Arbeiterschaft bezeichnet, die begangen werde, um einen Vorwand für die Einsetzung von weichen Geweren nach Leipzig zu haben. Die Besetzung des Leipziger Arbeiterrates durch eine Kriegserregung an die Leipziger Arbeiterschaft, die den Kampf aufnehmen und sich nicht unter die Militärdiktatur der Generale stellen lassen werde. Der Leipziger Große Arbeiterrat habe einen ungehörigen Verstoß gegen die Leipziger Arbeiterschaft gemacht. Wenn nunmehr die sächsische Regierung mit allen Kräften darauf hinarbeite, die Ruhe und Ordnung in Leipzig zu brechen, so erklärte der Große Arbeiterrat:

Wenn bis Sonntag die sächsische Regierung den Belagerungszustand nicht aufgehoben und nicht dafür Sorge getragen hat, daß die Ebert-Scheidemann der sächsische verhängten Belagerungszustand wieder aufheben, so nimmt der Leipziger Arbeiterrat seine Garantieleistung für den ungeschützten Verlauf der Leipziger Engras-Messe juristisch, so daß das Schicksal dieser Messe vollständig ungewiß sein wird.“

Die „Leipz. Volks-Ztg.“ schreibt: Die sächsische Regierung hat das Schicksal der Leipziger Messe in der Hand. Sieht sie ihre Provokationen fort, so muß sie damit rechnen, daß die Ostermesse nicht stattfinden kann. Die sächsische Regierung trägt jedoch noch weit schwerere Verantwortung. Wenn sie die Währungsnotlage auf Leipzig best, so wird sie eine fürchterliche Katastrophe heraufbeschwören. Die Folgen, die daraus für die größte Stadt des Landes und damit für ganz Sachsen entstehen werden, sind unüberschaubar.

Nicht-Beurlaubung unbilliger Forderungen.

WVB, Breslau, 25. April. (Drahtnachricht.) Der Aufsichtsrat der Donnersmarktbank lehnte in seiner heutigen Sitzung den Antrag des Arbeitersausschusses und des Angestelltenausschusses ab, die beiderseitigen Vertreter der Mitglieder des Vorstandes Heß und Müller, sowie andere Beamte zu entlassen, die sich pensionieren, weil für diesen Antrag irgendwelche rechtliche oder tatsächliche Gründe nicht geltend gemacht wurden und auch nicht vorliegen. Begleichlich der weiteren Forderungen, die auf die Entlassung der Beamten- und Arbeitersmitglieder bei der inneren Verwaltung und Geschäftsführung hinführen, weist der Aufsichtsrat darauf hin, daß diese Gegenstände in Kürze durch Gesetz geregelt werden, so daß es sich für den Aufsichtsrat nicht, dieser Regelung vorzugreifen.

Die deutsche Friedensabordnung.

Berlin, 25. April. Die Liste der Mitglieder der vorausichtlich am 27. und 28. April in Berlin nach Versailles abreisenden deutschen Friedensdelegation ist nunmehr fertiggestellt und der französischen Regierung angezeigt worden. Außer den eigentlichen sechs Friedensdelegierten, nämlich dem Reichsminister Graf von Brockdorff-Rantzau, Dr. Landsberg und Gieseler, dem Präsidenten der preussischen Landesversammlung, Oberbürgermeister Lehmer, Professor Schäding und Dr. Weichhorst, umfaßt die Liste die Ministerialdirektoren von Stöckhmann und Simon als Generalkommissare, sowie Mitglied des Reichsausschusses und Vertreter der Arbeiter-Friedenskommissionen als behördliche Kommissare. Ferner gehören die Finanzministerpräsidenten, wirtschaftliche Sachverständige und Mitglieder der Besetzungskommission an. Die Delegation wird von dem erforderlichen technischen und kanzleipersonal begleitet. Mit ihr gehen die Vertreter der leitenden deutschen Nachrichtenagenturen, sowie 15 Vertreter der deutschen Presse nach ihren Sekretären zum Verhandlungsort.

General v. Seekt Mitglied der Friedensdelegation.

Berlin, 25. April. Wie die „Post“ hört, wird in der Friedensdelegation der frühere preussische Kriegsminister von Seekt durch General von Seekt ersetzt werden.

Belagerungszustand über Duisburg.

Berlin, 25. April. Der „Vorwärts“ meldet aus Duisburg: Eine Kommunalversammlung in Duisburg hat erneut Gewaltmaßnahmen beschlossen. Darauf wurden 18 der kommunalistischen Mitglieder festgenommen. Auch andere Meldungen deuten auf bevorstehende Ereignisse hin. Ueber Duisburg-Weed ist der Belagerungszustand ausgedehnt.

Das Rosenhaus.

Roman von Fritz Ganger.

42. Fortsetzung. **Wachdruck verboten.**
— Seitdem Heinz Brebenhart Rosenmarie Beerbach kannte, wußte er von diesem besten Wege. Eine kurze Weile hatte er kämpfend mit sich gerungen, das Verlangen nach dem Sonnenwege zu suchen in sich wühlend. Aber auch eben eine kurze Weile nur. Dann war er, die Augen gegen das große Licht mit der Hand bedeckend, still seitwärts gegangen zu dem Pflanzengarten, der im Schatten lag. Es war ein Tapierer mehr in der Welt, aber auch ein Gläubiger. Stets hatte er sein körperliches Gebroden mit heiterem Gleichmut zu ertragen gewußt und nie gemurmelt. Nun war die fröhliche Gelassenheit in jähem Absinken von ihm gewandert, und er hatte mühsam das verzweifelte Ringens seinem Gesicht gelehnt. Einem klügeren Liebesknecht für Minuten nachgehend, hatte er auch das erzwungen: Ob ich es trotzdem nicht wagen dürfte? Aber er war seinen Fragen in Haß ausgenommen: Nein, nein, das gesunde, ladende Leben und ein Krüppel gehörten nicht zusammen. Es wäre vermessen gewesen, diese Vereinnahmung auch nur zu versuchen, ganz abgesehen davon, daß Rosenmarie sie wohl nie gewünscht hätte.

Da war ihm nur das stille, heimliche Seilab geblieben, für das er sich in harter Tapferkeit entschieden. Aber er hatte nicht vermocht, es ohne ein Hagendes Wort zu tun, das er dem klügeren Pflanzengarten hatte. Das war ein neuer Fremd, der es niemandem wiederzählte. ... Trug der Zeile seines Beside hatte er die Empörung der „selbsternannten Moralbegrißer“ Traute Besselfinkts auf sich richtiger Freunde begriffen, weil ihm dieser Umstand das Zimmer Rosenmariens zunichte. Es war wenigstens ein Stübchen Glück, den von ihr bis jetzt innegehabten Raum bemöbeln zu dürfen.

Wie hatte er sich doch in dieser Hoffnung bitter geäußert! Das völlige Gegenteil erhielt er, als er das liebe Gemach zum erstenmal betrat. Es kam ihm vor, als wenn er eine große, embleme Leere fände, eine graue, ewige Finsternis. ... Man hat bestimmt geglaubt: ein kleines Frauenkind, kleiner wachend, gewiß — gewiß in einem ernsten, würdevollen — und es ist nicht da. Man trüßte sich eines einzigen Sterns für den hilflosen Weg durch die Stadt

— und es ist nur die lastende Schwere dunkler Wolkenmassen zu Häupten.

Die suchend, etwas Unerwartetes noch nicht fassend, benommenen Sinnes ging Heinz in dem Zimmer auf und ab. Und als er vor die Leere fand, und als die Finsternis blieb, wußte es ihm erst vollauf in Härte gewalt, wie tief die Schatten waren, die auf den stillen, einsamen Weg fielen. Er bedurfte der Möglichkeit, seiner Stimmung Ausdruck zu verleihen und schickte an den Tisch, um beim Essen der Rosenmarie in seiner Schreimappe nach dem guten Freunde zu suchen, denn er zu dem ihm schon Erzählten etwas Neues sagen würde. ...

Er fand ihn nicht. Keines war er auf und davon. Ein tiefes, peinigendes Erstickens durchdrangte den halligen Saal. Seine nervös zitternde Hand wühlte zwischen den losen Blättern in der Mappe, wandte sie, streute sie über den ganzen Tisch hin. ... Seine Augen hefteten sich brennend auf alles, was er an Gefährlichem fand. Nichts fehlte sonst. ... Die Entwürfe zu neuen Arbeiten, flüchtige Skizzen, begonnene Dialoge waren vollständig vorhanden. Nur das eine Blatt mit dem Gedächtnisbuch er vergeblich. ...

Er ließ von dem wirren, wilden Durcheinanderwerfen der Blätter ab und begann ein ruhiges Umwenden, Betrachten. Feien. ... Es mußte sich vorfinden, es konnte nicht fehlen, was nicht fehlen durfte. ... Als er das gewiß eingeschlagen hatte, schickte er ein quälendes Schlagen seines Fingers, ein bedrückendes Leiden seiner Pulse. Wie, wenn das Gedächtnis nun in dem früher von ihm bewohnten Zimmer auf irgendeine Weise zurückgeblieben und in Rosenmariens Hände gelangt war?

Er klammerte sich mit harter Hoffnungsgewissheit an den Gedanken, daß es nicht so sein würde. Gleichwohl drängte sich die Sorge hinzu, das Gegenteil erfahren zu müssen, und brachte ihm eine unruhige Nacht. Festen Schlafes, sich Klarheit zu verschaffen, erhob er sich am nächsten Morgen. Die Ungewissheit über den Verbleib seines Gedächtnisbuchs drückte ein ungetrübtes Verhältnis zwischen der Tochter seiner freundlichen Worte und ihm nicht bestehen bleiben. ...

Als er Rosenmarie am Frühstücksstisch begegnete, wußte er sofort, daß seine Hoffnung umsonst gedacht gemeldet war. Schen und belangen gab sie sich. In ihren Augen lag ein tragendes, unüberes Etwas. In es best nicht auf ihr

beobachtet hatte. Sie mied es, ihm in das Gesicht zu blicken, und wenn er zu ihr sprach, ließ sie verlegen an ihm vorüber. Er nahm sich ohne Fäulden vor: „Ich will mich mit ihr aussprechen, und in der Absicht, mich Vorhaben so bald wie möglich zur Ausführung zu bringen, lagte er zu ihr. ... Rosenmarie? Ich erwarte das Eintreffen meiner Schwester hier und möchte bei der Güterabfertigung in Brebenhart nachfragen. Würden Sie mich begleiten?“

Er beobachtete, daß sie erkrankt. Ehe sie zu einer Ermüdung imstande war, sagte die Frau Doktor: „Aber gewiß, Kind, gehst du mit Herr Brebenhart nach der Stadt hinüber.“ Da sie auch jetzt noch schwieg, fragte Heinz: „Aber möchten Sie nicht mitkommen?“

Sie wußte in der Gebundenheit ihrer Sinne nur ein mühsam herausgequältes „Ja“ als Entgegnung. Eine Viertelstunde später waren sie schon unterwegs. Der Sonnenmorgen lagde sie an, als sie über die Böden und das Feld gingen und dann der Fußbaumallee folgten, in deren noch lauten Baumkronen der Frühwind ein frisches fröhliches Wehen blies, das vom schaffenden Venz ergüllte. Rosenmarie empfand das herbe Rinnen des wandernden Luftstromes in der sie erfüllenden leelichen Zerflissenheit wie etwas, das sie namenlos traurig machte. Sie quälte sie mit dem unterdrückenden Grübeln ab, ob sie vertriebt sei, ihrem Begleiter zu sagen, daß sie kein Gedächtnis verloren, oder ob sie lieber schwäge. ...

Aber wenn er es nun schon vermocht, schon darnach gesucht hätte? Wüßte er sie dann nicht für ungeschicklich gehalten und sie noch? Und wenn sie doch noch, konnte eine weitgehende, Erörterung nicht ausbleiben. Und was sollte sie ihm dann sagen? Sie war ihm in erdlicher Aufrichtigkeit ungetan, sie hätte ihn gern, kein heiteres offenes Wesen gefiel ihr. Und daß er als ein Krüppel durchs Leben gehen mußte, erregte ihr tiefstes Mitleid. Aber im Bewußtsein ihrer körperlichen Kraft, durchdringt von einem großen stillen Empfinden, vermochte sie in ihm nicht zu sehen, der ihrem Ideal vom Wandel entwarf. Die große, allgeringfügige Liebe, das Aneinanderfließen der Gefühle aus zwei Tausenden verschiedenen Umpfängen, dieses Doppeltums aus zwei Körpern und sinnlicher Art, wie es in den träumerischen Sehnsüchten ihres Mädchenherzens bestanden, empfand sie nicht für ihn. Und in Anblich, in zeitigender Ungewissheit vermochte sie es nicht, ihm den ihrigen Fund zu legen. (Fortsetzung folgt.)

stand verhängt worden. In Pilsburg sind die städtischen Arbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Stadt hat die Forderungen als unannehmbar bezeichnet.

Dom Streit im Ruhrgebiet.

Wien (Ruhr), 26. April. Nach Mitteilung des Bergbauvereins waren in der heutigen Frühstunde 44 638 gegen 39 201 gegen ausständig, das sind 20,58 Proz. der Belegschaft gegen 27,34 Proz. gegen. In den drei getriggerten Schichten schied 128 776 Mann gegen 147 658 vorgetern. Am 148 Schichtanlagen wird heute voll gearbeitet.

Zweifspalt zwischen elbischen und französischen Sozialisten.

Bern, 26. April. In der letzten Sitzung des Pariser Sozialistenkongresses machte Gramscab namens der elbisch-lotringischen Sozialisten Vorbehalte über das allgemeine Aktionsprogramm der Partei. Die Verurteilung des Bolschewismus durch die französischen Sozialisten wurde als unannehmbar empfunden. Weiter beantragte Gramscab, die Parteiführung nur für die Arbeiter, namentlich für die Arbeiter, die Gramscab verbindet, weiter zu sprechen, worauf dieser empört seinen Platz verließ und in den Saal hineinstürzte, er werde seinen elbisch-lotringischen Freunden erzählen, wie er als Vertreter der elbisch-lotringischen Sozialisten empfangen worden sei.

Die Bedingungen für den deutschen Postverkehr mit den Neutralen.

Amsterdam, 26. April. Als das „Algemeen Handelsblad“ meldet, haben die angloamerikanische Postämter die Bedingungen im Zusammenhang mit den angloamerikanischen Handelsverträgen zwischen Deutschland und den Neutralen folgende Bedingungen festgelegt: 1. alle verarbeiteten Waren können benutzt werden. 2. Mitteilungen in deutscher Sprache nach Deutschland müssen sich vorwärts auf die deutsche Postverwaltung beziehen. 3. Mitteilungen bezüglich der Ausfuhr aus Deutschland dürfen sich nicht auf andere Handelsartikel als Gold, Silber und verarbeitete Kriegsmaterialien oder Material beziehen. 4. Transaktionen für Spekulationszwecke sind nicht gestattet. 5. Telegramme müssen in klaren Worten abgefasst sein. Sie dürfen keine geheime Bedeutung haben. 6. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 7. Telegramme dürfen sich nicht auf andere Handelsartikel als Gold, Silber und verarbeitete Kriegsmaterialien beziehen. 8. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 9. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 10. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 11. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 12. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 13. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 14. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 15. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 16. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 17. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 18. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 19. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 20. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 21. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 22. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 23. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 24. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 25. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 26. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 27. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 28. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 29. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 30. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 31. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 32. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 33. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 34. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 35. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 36. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 37. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 38. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 39. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 40. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 41. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 42. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 43. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 44. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 45. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 46. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 47. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 48. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 49. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 50. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 51. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 52. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 53. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 54. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 55. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 56. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 57. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 58. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 59. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 60. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 61. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 62. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 63. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 64. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 65. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 66. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 67. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 68. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 69. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 70. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 71. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 72. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 73. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 74. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 75. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 76. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 77. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 78. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 79. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 80. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 81. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 82. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 83. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 84. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 85. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 86. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 87. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 88. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 89. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 90. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 91. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 92. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 93. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 94. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 95. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 96. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 97. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 98. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 99. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten. 100. Telegramme dürfen keine unrichtige oder falsche Angabe enthalten.

Der „Imperator“ auf Reisen.

Hamburg, 26. April. Der Riesen-Dampfer „Imperator“, der während des Krieges am Vulkanquai lag und im Großen Maß von Wasser und Holz fahrtbereit gemacht worden war, ist am Freitag auf Strom geleitet worden. Er verlässt Hamburg Sonntag unter dem Kommando des Kapitäns von Neumann. Am 30. April soll das Schiff in See gehen, und zwar voraussichtlich nach Brasilien, wo es amerikanische Truppen an Bord nimmt.

Halle und Umgebung.

Halle, den 26. April 1919.

Öffentliche Beamte!

Einige Angestelltenvereinigungen suchen durch ihre Veröffentlichungen zur Stadtverordnetenwahl den Ansehen zu erwecken, als ob teilens der Beamtenorganisationen ein Zusammengehen mit ihnen vereinbart sei. Das ist durchaus nicht der Fall. Die dem öffentlichen Beamtenausschuss angehörenden Beamten- und Lehrervereine haben die Auffassung einer eigenen Rasse und eine Verbindung mit irgend einer Gruppe oder Partei abgelehnt. Sie überlassen es vielmehr jedem Wähler, seine Stimme so abzugeben, wie es am besten seiner Überzeugung entspricht.

Der Vorstand des Halleischen Beamtenausschusses. (Ortsgruppe des Deutschen Beamtenbundes).

Ein altes Bild.

Der Kampf um die Stadtverordnetenwahl ruff gegen die demokratische Partei zwei alte Bekannte gegen auf den Plan. „Volkswacht“ und „Halleische Zeitung“ finden sich in dem beiden gemeinlichen Beizeiten, der verhassten Demokratie etwas am Senke zu finden. Für das „Volkswacht“ ist die demokratische Partei natürlich die Verwerfer der schlimmsten Reaktion. Alles, was die Demokratie in neuerlicher Erscheinung verleiht, ist Schwindel, plumpe Täuschung und die vielen Ausdrücke alle lauten. Fast 5 Spalten hat das „Volkswacht“ vorläufig in zwei Spalten der bösen Demokratie und ihrer Kandidatenliste gewidmet und versucht schließlich beide als angebliche Vertreter der angloamerikanischen Sozialistenpartei zu beschreiben. Die Kandidatenliste! — Die Sozialisten! Mit diesen politischen Kampfrufen verleiht das „Volkswacht“ seine Mannen zu sammeln und gegen die einmalige Ermöglichung für demokratischen Einfluss hieß und schließlich zu machen.

Man kann dies Treiben des Kluges der „Unabhängigen“ verstehen, denn mit leichter Willkür hat es die halleische Demokratie als seinen aräten und gefährlichen Gegner ausfindig gemacht und mit trefflicher volkswirtschaftlicher Logik hat es sich, das nicht die unentbehrlichen Zusammenhänge der Stadtverwaltung der Volkswacht zur Ruhe und Ordnung kommen lassen, sondern diese der „Unabhängigen“ geltende Gefahr nur von einer demokratisch-freiwirtschaftlichen Bewegung zu erwarten ist. In diesem Gefühl tobt sich also das „Volkswacht“ aus. Aber, es braucht den Kampf nicht allein zu führen. An ihre Seite tritt ein heiliges Bild der Verbündeten der Klassen, die „Halleische Zeitung“, um nun auch überdies die im Gewicht noch letzteren aber verhassten Wägen der Reaktion geltende beachtete Demokratie zu schänden. In ihrer Morgen Ausgabe vom Freitag schreibt sie nämlich, durch Verdruss hervorgerufen, wörtlich: „Überrief in der Stadtverordnetenwahl am 7. April dem

„Unabhängigen“ Vorhaben zu seinen anmaßenden Worten bei. Der Demokratie das Blatt mit diesem Angriff verfolgt ist klar. Die Demokraten sollen gewissermaßen als politische Freunde der „Unabhängigen“ eingestuft und in den Augen der Bürgerlächer verächtlich werden. Um dies zu erreichen, ist dem Blatt noch jedes Mittel recht. Und deshalb verleiht die Halleische Zeitung in unehrlicher Weise dem Vertreter der demokratischen Fraktion in der Sitzung am 7. April an derjenigen Stelle der Rede des „Unabhängigen“ Vorhabens, die sich als er verlor, die Gewährleistung anparteilich und nach Grundsätzen der Gerechtigkeit für alle zu wolle. Auch in der Sitzung vom 11. April haben Vertreter der demokratischen Fraktion ihren Beifall zu den Worten des Vorhabens zu erkennen, als er nämlich am Schluß seiner Rede im Hinweis auf die bevorstehende Neuwahl, den Wunsch ausdrikt, daß der Wahlkampf von allen Parteien so friedlich wie möglich geführt würde.

Das verleiht die „Halleische Zeitung“ absichtlich, denn es muß doch etwas gefunden werden, um der Demokratie einen Strich zu ziehen und die Günstigkeit der demokratischen Seite, wenn irgend möglich, abzuwürgen zu können. Gelingen wird dem Blatt sein Vorhaben nicht. Im Gegenteil! Wenn es noch eines Beispiels für die Günstigkeit der demokratischen Seite bedürft hätte, dann können die gemeinlichlichen Angriffe des „Volkswacht“ und der „Halleischen Zeitung“ gegen die demokratische Seite als solchen gelten. Beide sehen in der Demokratie ihren gefährlichsten Gegner. Dagegen sind sie mit aller Kraft bemüht, die Demokratie zu haben, wiederholt sich auf hier im Kampf um die Stadtverordnetenwahl. Der Kandidatensystem und das der Kandidatensystem rechts finden sich, wenn es gilt, gegen Volkswacht und altes Bild recht für alle zum Veder zu sehen. Daran hat die „Halleische Zeitung“ sich nicht zu erinnern. Sie selbst tritt nur aber wohl bei ihrem verhassten Kampf gegen die Demokratie auf nachstehendes Verzeichnis aufmerksam machen:

„Es will der Spitz aus Kadbars Staff Mit Stellen aus belegen; Doch keiner Stimme lauter Schall Democht nur, das wir teilen.“

Naturwissenschaftlicher Verein für Sachsen und Thüringen.

In der letzten Sitzung hielt Frauäule Dr. Olga Kuttner einen interessanten Vortrag über „Salinobromismus“, wozu Herr Dr. Schüller recht bezeichnendes Anschauungsmaterial zur Verfügung gestellt hatte.

Als Salinobromismus bezeichnet man die Tatsache, daß bei einer Schwärmung von Wasser mit einem Salze, welches einander folgenden Generationen zu einander in Bezug auf Bildung und Zersetzung, oft auch in ihrer Größe merklich verschieden sind. Um eine Anpassung an veränderte Lebensbedingungen scheint es sich kaum zu handeln. Bei einigen tropischen Schwämmen gleichen allerdings die Pilz der Trophogonisten mehr oder weniger einem türen Blatt, was als Schwärmung gelten kann; sonst aber vermögen wir in den Zersetzungs- und Züchtungsunterschieden der Troden- und Regenformen in den Tropen, der Frühlings- und Sommerformen bei uns keine Anpassung zu sehen. Bei experimenteller Prüfung der Frage, wie weit es sich bei den Züchtungen um diese Anpassung handelt, ergab sich, daß die Züchtungen in der Tat, was die Form anbelangt, in die Sommerform, durch Räte angeleitet diese in eine umgewandelt werden kann, sagte sich, daß stets nur ein Teil der Frühlingsform in dieser Weise reagiert. Es muß also neben der direkten Temperaturwirkung die Wirkung von Alternieren der beiden Formen stark mitbestimmend für die Umgestaltung der Räte sein. In der Art, wie Frühlings- und Sommerformen sich unterscheiden, sehen wir kein einheitliches Prinzip; bei manchen Arten hat letztere dunkel gefärbt, während andere wieder durch Räte verbunden werden. Bei *Penicillium lecanora* s. B. sind die Räte der Sommerform kleiner, dunkler als die der Frühlingsform *lecanora*, tragen jedoch an Stelle des schwarzen Bandes von *lecanora* eine weiße Binde. Zur Aufklärung dieser Widersprüche und ihre Ursachen müßte die von Maeder geleitete entwicklungsphysiologische Einzelstudienanalyse einleiten.

Die Salinobromismus ist ein Entwicklungsorganismus, die besonders bei den mitteleuropäischen Rädertieren und den als Frühlingsform wichtigen Cladoceren unterteilt wurde, verläuft etwas anders, da hier nicht jede Art von einander unterschiedene Formen aufeinander folgen, sondern mehrere Generationen, die sich mehr oder weniger anpassen, bis die extreme Form eines Generationsalters durch Überdauerung verbleibt. Bei den Cladoceren läßt sich unterscheiden die Sommerformen von den Winterformen im allgemeinen durch stärkere Ausbildung gewisser Körperteile, deren Funktion als Steuerorganen neuerdings durch Volterra festgestellt wurde. Auch die direkte Einwirkung der Temperatur auf die Entwicklung dieser Organe konnte festgestellt werden; die durch erhöhte Temperatur bei ausreichender Ernährung bewirkte gesteigerte Assimilationsfähigkeit verleiht eine Steigerung des osmotischen Druckes der Nützlichkeit, die überdies zu einer größeren Zellermehrung an den für die Ausbildung der Steuerorgane in Betracht kommenden Körperstellen führt. Es ist aber bei diesen Rädertieren, die sich durch die Aufdeckung der entwicklungsphysiologischen Ursachen der Entwicklungsorgane gemacht, die zu der wertvollsten Erscheinung der Salinobromismus führen.

Im Hinblick auf den Vortrag erörterte Herr Prof. Dr. Bräselein die Bedeutung der Salinobromismus und sprach des weiteren, auf die vorige Sitzung zurückdehnd über die Bedeutung der roten Blütenfarbe als Anlockungsmittel für die Kolibris.

Lohnforderung mit Drohungen.

Zwei Monate Gefängnis.

Im Januar wollten die Arbeiter des Railwerkes in Zappendorf eine Lohnbewegung machen. Der Arbeiter-Ausschuss, die gelehrliche Vertretung der Belegschaft, wurde aber dabei einfach beiseite gelassen, weil den Arbeitern der ordnungsmäßige Weg zu lange dauerte; so sammelten sich denn am 16. Januar etwa 200 Mann der Belegschaft vor dem Verwaltungsgedäude des Werkes, um mit dem Generaldirektor einen Vertrag zu schließen. Als Sprecher trat der Klempner Otto Eiter in die Zappendorf, der den in einer Arbeitervereinigung (der erst Verhandlungen abgelehnt und auf den vorgeschriebenen Weg, an die Organisation in Halle, verwiesen hatte, dann aber doch vor die Tür des Verwaltungsgedäudes trat), das Verlangen stellte, eine Lohnbewegung durch sofortige Unterzeichnung zu bewilligen; der Generaldirektor erklärte dem Sprecher, daß er eine Lohnbewegung von sich aus gar nicht bewilligen könne, worauf im noch dem Eiter, die er werden sich mit Gewalt zu tun, was sie im guten nicht erlangen könnten. Da das Tor des Werkes geschlossen war, so lag nahe anzunehmen, daß die Drohung gegen den Generaldirektor persönlich nicht geschickelt war, daß man nun ihn die Unterzeichnung durch Gewalt erlangen wollte.

Eiter, dann nun vor dem Schranken des Gerichtes und erklärte zu seiner Entschuldigung, mit der Drohung sei gemeint gewesen, daß die Arbeiter die Arbeit niederlegen würden, wenn sie ihre Forderung nicht bewilligt erhielten; diese Auffassung würde auch von seinen Arbeitsgenossen vertreten. Das Gericht verurteilte den noch nicht bestrafte Angeklagten wegen verächtlicher Erpressung zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten, während die Staatsanwaltschaft sechs Monate Gefängnis forderte.

Auf den Rammereisenthron am Montag den 26. April, im Rosenpark, in dem ein in diesem Winter komponiertes Trio aus Rosenpark, den Rammereisenthron, den Rammereisenthron und Schumanns beliebtes 4-mal-Trio spielte, wurde es nochmals hingeworfen. Zwischen den beiden Trios war Elisabeth von Gander, deren Wiederabend hier noch in heller Erinnerung ist, seinen Plätze über von Hugo Wolf sangen.

Konkurrenz der Vereine. Sonnabend, den 27. April, abends 8 Uhr veranstaltete der Rammereisenthron den Platz im Rosenpark, Weidenplan 20, einen Vortragsabend, in dem Herr Staatsbaurat Jost über Baukunst im neuen Deutschland sprach und über die

Rechtliche Leiter-Vorstand. Die Bezirksverwaltung Halle des Deutschen Techniker-Bundes ludet in den heutigen Anzeigen für ihre Mitglieder zu dem am Sonntag, den 27. April 10 Uhr vormittags im Ratseller Rattfährden Beirats ein. Nachm. 3 Uhr Vortrag des Gesamtverbandes des Deutschen Techniker-Bundes über die „Berufsausschüsse“. Da der Deutsche Techniker-Bund und der Bund technischer Arbeiter, Beamten, die beiden großen Techniker-Organisationen, beschlossen haben, sich auf dem im Mai stattfindenden Verbandstag zu vereinigen, ist in dieser Punkt der Tagesordnung besonders wichtig. Sämtliche Kollegen, vor allem auch die noch nicht organisierten, sind eingeladen.

Provinzial-Nachrichten.

Rößen, 25. April. (Schlußfassung im Gemeinderat.) Die letzte Gemeinderatssitzung nahm einen Ausgang, der bisher ohne Beispiel in der Geschichte unseres Stadtparlamentes daheft. Die zwölf Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion hatten den Antrag gestellt, den Magistrat (Bürgermeister und zwei befohlene Stadträte) durch zwei unbesoldete Stadträte zu verdrängen. Die zwölf Mitglieder der Rechten beantragten demgegenüber vier unbesoldete Stadträte nach dem Verhältniswahlrecht zu wählen, welcher Antrag auch gegen die Stimmen der Linken angenommen wurde. Die Linke bezeichnete das in einer kurzen erregten Ausrede als Fredehage und verließ geschlossen den Sitzungssaal, in der aber noch, als die Zurückbleibenden weiter verhandelten, die Bürgervereine anwesend waren. Auf Grund der neuen Gemeinderatsbesetzung ist jedoch die Verammlung bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder beschlußfähig. Trotzdem beschloß man, die Sitzung abzubrechen, da verchiedene von den Sozialdemokraten gestellte Anträge auf der Tagesordnung standen, deren einseitige Erledigung den Konflikt noch vergrößert haben würde.

Magdeburg, 24. April. (Der Rätezeitung in den bürgerlichen Bezug) ist durch das Darniederlegen von Handel und Industrie zur Zeit noch vielen heeresangehörigen unmöglich gemacht. Andererseits soll keine Kraft in unfernen Betrieben brach liegen. Es ist nur durch den Eintritt in das am Anordnung der Regierung aufzuführende freiwillige Regiment Magdeburg die Möglichkeit geboten, einmal sich selbst eine Erlösungsmöglichkeit zu schaffen und andererseits an dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslivens mitzuarbeiten, der sich in einem geordneten Staatswesen möglich ist. Jeder einzelne, der aus dem erzwungenen Grunde dieser Formation beitrifft, hilft dazu, daß alle Betriebe baldmöglichst ihre frühere Tätigkeit aufnehmen können und er schafft sich dadurch selbst die höhere Möglichkeit des Wiedereintritts in seinen Beruf. Ueber Bedingungen, Gebühren, Verpflegung usw. unterrichtet die ausführenden Bekanntmachungen in diesem Blatte.

Stadtkammer, 24. April. (Eine tolle Gerichts-Session.) Die Sitzung im hiesigen Amtsgericht ab. In einer Klage lauden sich zwei Herren gegenüber. Einem von ihnen, O. A. aus Köbe, wurde der Eid abgelesen. Die Frage, ob er seine Aussagen bekräftigen könne, beantwortete er mit ja. Sein Gegner, G. aus Köbe, machte hierauf die Versicherung: „Der Schwörende ist nicht im hiesigen Amtsgericht ab.“ In dem Saal und sagte: „Wenn du die erlaubst, mich nun zu verurteilen, dann bekommt du noch eine zweite Portion, aber noch eine bessere.“

Ramberg, 24. April. (Bei Prüfung der Akten über die Stadtverordnetenwahl) ist festgestellt, daß Paragraph 30 der Stadtordnung noch zu Recht befehlt, Brüder aller nicht gleichzeitig Stadtverordneten und Magistratsmitglieder sein können. Das Ministerium des Innern hat auf ein Telegramm ausdrücklich bekräftigt, daß der Paragraph nicht aufgehoben ist.

Rudolstadt, 24. April. (Im Hause des Fürsten von Schwarzburg) ist ein Streit ausgebrochen. Demnach wird Prinz Sajo gegen den Fürsten Günther einen Prozeß anhängen, weil der Fürst, ohne den Prinzen verurteilt zu haben und ohne Rücksicht auf ihn und seine Familie eigenmächtig über das gesamte Hausvermögen verfügt hat.

Schmalhausen, 24. April. (Der hiesige Hausbesitzer) ist durch die Stadtverordneten befohlene Soldaten, die bei den Postgardeen sich befinden, die Familienunterstützung zu entziehen.

Saalfeld, 24. April. (Der Einbrecher), der kürzlich hier bei der Firma Bader & Galling Geldmarken im Werte von 40000 Mk. raubte, ist aus dem Mittelfängnis in Rudolstadt ausgebrochen, indem er durch den Kamin verdrühte. Es handelt sich um einen schmerzhaftigen Soldaten, den amantischlichen Soldatenoberst Johann Bader aus Dornberg, der von verurteilten Staatsanwaltschaften geführt wird und schon einige Male es fertig brachte, aus dem Unterfangengefängnis zu entkommen.

Dresden, 26. April. (Neuerungen im hiesigen Schulwesen.) Das hiesige Kultusministerium verordnet, daß auf allen Unterrichtsstufen in den Realschulen an 20 Schülungen in den rund 40 Schulwochen des Jahres der Unterricht auszuweisen ist, so daß im Durchschnitt auf je 2 Schulwochen ein unterrichtsfreier Tag kommt. Neunmündig wiedererlebte unterrichtsfreie Tage hat den Schülern bereits der Krieg zum Zweck der Vorbereitung der älteren Schüler auf den bevorstehenden Krieg. Der mit der Vermeidung dieser Vorbereitungen nach in Zukunft ein maßvoller, bei Grundung Schreibung auf tüntlicher Grundlage, Turunen im höchsten Sinne, Kräftigung des Körpers, Schulung der Sinne usw. — soll erhalten werden, militärischer Drill hat fernzubleiben. Die unterrichtsfreien Tage sollen den Schülern auch eine Entlastung von der großen Zahl der vorgeschriebenen Hausarbeiten bringen. Daher sollen an 15 Tagen je 3 bis 4 Vormittagsstunden zur Anfertigung von je 2 Klassenarbeiten verwendet werden, bei denen die gleichen Hilfsmittel wie zu Hause verwendet werden dürfen. Dadurch werden die schriftlichen Hausarbeiten um fast die Hälfte vermindert und die Arbeitszeit vermindert, die für die Bearbeitung des Könnens eines Schülers einen sicheren Maßstab als die Hausarbeiten liefern und dadurch ein Gegengewicht gegen die Ueberbürdung der Erstsemester bilden. Die Nachmittage sind verfürbar für kleinere Hausarbeiten für Sommer- und Winterport mit und ohne Aufsicht der Schule. An den übrigen 5 unterrichtsfreien Schultagen sind Ausflüge mit erd- und naturwissenschaftlichen Belehrungen zu unternehmen.

